

### 10 MIO. EURO „NACHSCHLAG“ FÜR SAALBAU?

Fast 10 Mio. Euro mehr soll der Umbau des Saalbaues in eine Philharmonie verschlingen, als die im Baubeschluss als Festsumme festgelegten rund 65 Mio. Euro. Ursprünglich sollte der Umbau nicht mehr als 98,4 Mio. DM kosten. Bereits die Erhöhung auf 65 Mio. Euro (128 Mio. DM) hatte die PDS als unverantwortlich abgelehnt, den nochmaligen „Nachschlag“ lehnt sie ebenfalls ab. Es kann nicht angehen, dass Geld für eine Luxussanierung des Saalbaues beschafft wird, während gleichzeitig Eltern auf eigene Kosten Klassenzimmer renovieren müssen, damit sie überhaupt noch benutzbar bleiben.

Dabei setzt sich die Summe von 10 Mio. Euro keineswegs nur aus unvorhersehbaren Aufwendungen zusammen. Von den 7,6 Mio. Euro Mehrkosten beim Umbau entstehen rund 1,8 Mio. Euro durch Maßnahmen zur Optimierung der Akustik, zusätzliche Schalldämmung, flexiblere Hubpodien und andere Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung. Hinzu kommen sollen mindestens 1,65 Mio. Euro, durch die der Saalbau als Tagungsort für Kongresse tauglich wird. Weitere Kosten entstehen, wenn der Vorplatz neugestaltet wird.

Angesichts dieser Sachlage müssten eigentlich zumindest die „zusätzlichen Investitionen“ abgelehnt werden. Ob die Ratsmehrheit bereit ist, die Erhöhung des Bauvolumens um mal eben 7,6 Mio. Euro einfach nur „zur Kenntnis“ zu nehmen, wie es Oberbürgermeister Dr. Reiniger allen Ratsmitgliedern in seiner Verwaltungsvorlage zumutet, wird sich zeigen.

Bereits am 30.10.2002 und am 18.6.2003 wurde das Beratungsgremium Saalbau über die zusätzlichen Bauarbeiten an der Rückwand des Konzertsales informiert – ohne dass über Kosten geredet wurde und ohne dass dem Rat als Ganzem auch nur Bericht erstattet wurde. Stellt sich die Frage: Auf welcher rechtlichen Grundlage hat Oberbürgermeister Reiniger die Zusage zur Übernahme der Mehrkosten gegeben? Ein Ratsbeschluss kann es nicht gewesen sein.

Gabriele Giesecke

## Land spart kaputt

### Rot-Grüne Kürzungen gefährden Strukturen

Noch sind nur die Eckzahlen bekannt. Klar ist aber, dass die rot-grüne Landesregierung Kürzungen im sozialen Bereich vorhat, die die soziale Infrastruktur des Landes massiv gefährden. 2,1 Mrd. Euro sollen im Landeshaushalt allein im nächsten Jahr eingespart werden, 2,9 Mrd. Euro in 2005. Die Kürzungen treffen nicht nur einzelne Projekte. Sie gefährden die gesamte kommunale Infrastruktur in den Bereichen Jugend und Soziales. Darauf hat jetzt auch der Essener Arbeitskreis Jugend (AKJ) hingewiesen.

Im Landeshaushalt für 2003 sind 192 Mio. Euro für Personalkostenzuschüsse und die Förderung von Vereinen, Gesellschaften, Beratungsstellen usw. vorgesehen. Die im September vorgestellte Streichliste der Landesregierung sieht in den nächsten zwei Jahren eine Kürzung auf 60 % vor.

Die Kürzungen treffen Frauenhäuser, Flüchtlingsinitiativen und etliche andere Projekte im Bereich Jugend und Soziales. Gleichzeitig soll die Sachkostenpauschale für Kindergärten von derzeit 180 Mio. Euro im Jahr bis 2005 ebenfalls auf 60 % gekürzt werden. Dadurch werden viele Kindergärten freier Träger, in Essen der weitaus größte Teil

der Einrichtungen, ernsthaft gefährdet. Der AKJ geht davon aus, dass von den 1,2 Mio. €, die die Stadt Essen vom Land für die Offene Jugendarbeit erhält, in zwei Jahren noch ganze 720.000 Euro übrig bleiben. Während eine Kürzung der Landesmittel um 9 %, die bereits in diesem Jahr wirksam wurde, noch von der Stadt aufgefangen werden konnte, ist daran diesmal nicht mehr zu denken. Völlig unklar ist zur Zeit allerdings, wie z.B. der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für alle Kinder ab 3 Jahren umgesetzt werden kann, wenn ganze Einrichtungen schließen. Garant dafür ist die Stadt, die das Geld nicht hat.

Wohlfahrtsverbände, Kirchen, die Gewerkschaft ver.di, der Frauen-Notruf und Pro Asyl protestieren, stehen mit ihrer Kritik jedoch jeweils für sich. Erfreulich ist, dass sich am 1.10. auch in Essen im Gewerkschaftshaus ein Bündnis soziale Bewegung gebildet hat. Es richtet sich zwar in erster Linie gegen die Angriffe auf den Sozialstaat aus Berlin. Es sollte sich aber auch mit der Situation in NRW befassen. Das nächste Treffen ist am 10.11.2003, 17.00 Uhr im DGB-Jugendheim.

Wolfgang Freye



30.000 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes demonstrierten am 24. September in Düsseldorf gegen die Landeskürzungen. Aus Essen reisten u.a. mit Bussen von ver.di rund 1.800 Beschäftigte an.

# Kann die EGZ nicht antworten oder will sie nicht?

## Bericht zu Zollverein bleibt immer noch einfachste Antworten schuldig

In der Oktober-Ratssitzung steht ein Bericht der Verwaltung zum Stand der Arbeiten zum Erhalt der von der UNO zum Weltkulturerbe erklärten Zeche Zollverein in Essen-Stoppenberg auf der Tagesordnung. Er beruht auf den Aussagen der Entwicklungsgesellschaft Zollverein (EGZ). Angesichts wachsender öffentlicher Kritik an der EGZ und dem Stand der Entwicklung von Zollverein hatte der Stadtrat im Juli einstimmig einen Bericht verlangt und einen umfangreichen Fragenkatalog verabschiedet. Darin ging es um den Stand der Planungen für das Ruhrmuseum, das Design-Zentrum und die Design-Weltausstellung und die Koordination der verschiedenen Projekte, die nach dem Masterplan Zollverein dazu führen sollen, dass die Zeche Zollverein anders genutzt wird und nicht nur als teures Denkmal erhalten bleibt.

Der Bericht liegt jetzt vor. Nach Auffassung der PDS-Ratsgruppe ist er jedoch völlig unzureichend. Auch zwei Monate nach der Anforderung des Berichtes bleiben fast alle Fragen offen, die zur Bewältigung des Tagesgeschäfts der EGZ Grundvoraussetzung wären. Neben dem Bericht ist den Ratsparteien umfangreiches Material zur Verfügung gestellt worden, das z.T. überholt und veraltet ist. Entweder kann die Ge-

schäftsführung der EGZ auf die Fragen der Politik nicht antworten, oder sie will es nicht. Man kann sich darüber streiten, was angesichts der Gesamtinvestition von 110 Mio. Euro schlimmer ist.

Initiativen wie z.B. die Projektgruppe INIT-Z (Identifikation – Identität Zollverein) um den Ideengeber Marcus Wiluda von der tma (transfer management academy), die seit nunmehr zwei Jahren Transparenz auf Zollverein fordern und ohne die eine Aufklärung des Rates zur Juni Ratssitzung 2003 niemals stattgefunden hätte, werden nicht nur nicht gehört, sondern vielmehr aktiv bekämpft.

Gravierend ist aus unserer Sicht vor allem, dass weiterhin die Verantwortlichkeiten nicht definiert sind und somit nicht aufgezeigt werden können. Ein vom Rat gefordertes Organigramm liegt bis heute nicht vor. Internationale Investoren benötigen Fakten, Planungssicherheit und ein professionelles Erscheinungsbild. Ein stets aktueller Internetauftritt, eine vernünftige Beschilderung zum und auf dem Gelände sind hierfür Grundvoraussetzung. Nichts davon gibt es. Den Internetauftritt der EGZ gibt es zudem nur auf deutsch, die Broschüre für Investoren ist vier Seiten stark und reichlich bebildert. So kann man keine 200–300 Mio. Euro privates Kapital nach Zollverein holen.

Vor Ort auf Zollverein sind „einfachste“ Alltagsfragen sind bisher ungelöst: So gibt es weder einen einheitlichen Sicherheitsdienst noch eine zentrale Raumvermietung. Die Einbeziehung der Akteure aus den umliegenden Stadtteilen ist ebenfalls bisher nicht ausreichend gelungen.

### Endlich Transparenz schaffen!

Anstatt diese „Basics“ zu schaffen, werden immer neue „High-Flyer“-Ideen kreiert und so von den eigentlichen Problemen abgelenkt. Zollverein ist letztlich ein normales Projekt. Das heißt in der Konsequenz, es müssen normale Projektanforderungen definiert und abgearbeitet werden. Aber



Zeche Zollverein im Rauchnebel ...

wo gab, bzw. gibt es diese Nachhaltigkeit auf Zollverein? Evaluation, Soll- / Ist-Abgleich und Projektcontrolling finden nicht statt. Man kann Projekte dieser Größenordnung nicht in der Luft jonglieren und darauf hoffen, dass sich 2005 / 2006 die Kreise schließen werden und Schwierigkeiten auf dem Weg als „normal“ abtun. Realität ist, dass die o.g. Tatbestände eben jene vorhandenen Schwierigkeiten als logische Konsequenz nach sich ziehen. Nicht zuletzt die Projektgruppe INIT-Z hat auf diese Konsequenzen schon Anfang 2002 hingewiesen.

Aus Sicht der PDS-Gruppe muss auf Zollverein schnellstmöglich Transparenz geschaffen werden. Die PDS wird deshalb in der kommenden Ratssitzung darauf drängen, dass die vom Oberbürgermeister eingerichtete interfraktionelle Beratungsrunde klare Terminvorgaben macht, bis wann welche Fakten auf Zollverein geschaffen sein müssen. In die Beratungen sollte der Vorschlag der INIT-Z zur Organisationsentwicklung einfließen. Leider scheint dies notwendig, denn allein über die Zusammenarbeit zwischen der Stiftung Zollverein und der EGZ wird seit einem dreiviertel Jahr nur gesprochen, ohne das etwas passiert wäre. Zum Vergleich – die Fusion Daimler/Chrysler dauerte kein Jahr.

Gabriele Giesecke

### Kürzungen bei Kindern und Jugendlichen Thema auch in Bezirksvertretung III

Die PDS will die Situation von Kindern und Jugendlichen auch in der Bezirksvertretung III zur Sprache bringen. In einem Antrag zur Sitzung am 16.10. heißt es:

„Die Bezirksvertretung III beauftragt die Verwaltung, für die nächste Sitzung einen Überblick über die Auswirkungen der Kürzungen von Landesmitteln für die Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk III vorzulegen. Dabei sollen mögliche Konsequenzen für die im Bezirk bestehende Infrastruktur an Kindergärten, Kindertages- und Jugendfreizeitanstalten erläutert werden. Berücksichtigt werden sollen auch Auswirkungen und Folgen für Projekte zur Sprachförderung (einschließlich Förderung der Muttersprache) und andere Maßnahmen der Integration.“

Die Bemühungen der Bezirksvertretungen um Kinder- und Jugendarbeit wären tatsächlich vergebliche Mühe, wenn keine Mittel zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit mehr zur Verfügung stehen. Da viele Bezirksvertretungen sich als „Lobby“ für Kinder und Jugendliche verstehen, ist eine frühzeitige Auseinandersetzung dringlich, um überhaupt noch Einfluss nehmen zu können.

---

**SOZIALAUSSCHUSS**

---

**Kameras gegen „Sozialbetrug“?**

Die Forderung von CDU und FDP nach schärferen Kontroll-Maßnahmen gegen „Sozialhilfe-Mißbrauch“ löste in der letzten Sitzung des Sozialausschusses erneut heftige Diskussionen aus. Auslöser war die Kritik an einem Bericht der Verwaltung, den die beiden Parteien als unzu-

**Kein Verständnis für Rücktritt  
PDS-Vorstand wird im  
November neu gewählt**

Die PDS biete keine Perspektive zur Kommunalwahl – das ist der Tenor einer Pressemitteilung, mit der drei Mitglieder des PDS-Kreisvorstandes, u.a. Sprecherin Nina Eumann und Sprecher Ralf Fischer, ihren Rücktritt erklärt haben. In der von knapp 20 Mitgliedern besuchten, turnusmäßigen Mitgliederversammlung am 15.10. stieß die Stellungnahme auf völliges Unverständnis und Verärgerung. Der Kreisvorstand war erst auf der Hauptversammlung im Mai dieses Jahres neu gewählt worden.

In einer von der Mitgliederversammlung einstimmig verabschiedeten Erklärung bedauerten die anwesenden Mitglieder den Rücktritt, weisen die von den Zurückgetretenen erhobenen Vorwürfe jedoch als nicht nachvollziehbar zurück: „Die Vorwürfe ... sind ... Nachwehen einer Auseinandersetzung, die wir als überwunden angesehen haben.“ Ausdrücklich stärkte die Mitgliederversammlung der Arbeit der PDS-Ratsgruppe den Rücken.

Weiter heißt es in der Erklärung: „Es muss Schluss sein mit kleinlichem, gehässigem internen Streit ... Die PDS Essen hat bei der letzten Kommunalwahl eine Chance von 5.600 Wähler/innen erhalten. Sie will diese Chance nicht verspielen und darum auch bei der nächsten Kommunalwahl kämpfen ... Angesichts der massiven Angriffe auf Grundfesten des Sozialstaats ... wächst der Bedarf an einer Partei, für die ‚Solidarität‘ und ‚Soziales‘ nicht überholte Fremdwörter aus dem vorletzten Jahrhundert sind.“

Die Neuwahl des Kreisvorstandes ist am 12. November 2003.

reichend kritisierten. Darin führte die Verwaltung aus, dass die Vorgaben des Sozialhilfegesetzes erfüllt werden, die sieben Beschäftigten des Außendienstes des Sozialamtes im letzten Jahr in 6.118 „Fällen“ den Bedarf überprüft haben und Essen – was die kostenmäßigen Ergebnisse angeht – nicht schlechter als das Sozialamt Gelsenkirchen ist. Dort bearbeitet der stärker besetzte Außendienst auch Fragen, die in Essen von den „normalen“ Sachbearbeitern geprüft werden. Dabei bespitzelt er Sozialhilfeempfänger schon mal mit Ferngläsern, Kameras und Funkgeräten.

Letzteres forderten CDU und FDP zwar noch(?) nicht. Trotzdem argumentierten sie teilweise auf Stammtischniveau. Erreicht haben die beiden Parteien schon jetzt, dass jeder Sozialhilfeempfänger, der sich in einer Arbeits- oder Ausbildungsmaßnahme befindet, bei Krankmeldung bei Strafe der Leistungskürzung zum Gesundheitsamt geschickt wird. Das ist diskriminierend, denn auch ein Arbeitgeber muss sich zunächst mit einer ärztlichen Krankmeldung zufrieden geben.

Deutlich hat sich auch Pfarrer Junge als Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände gegen die „peinliche Diskussion“ wandte. Er wies darauf hin, dass Sozialhilfeempfänger auch Rechte haben, für die sich gerade der Sozialausschuss einsetzen sollte. wof

---

**BEZIRKSVERTRETUNG III**

---

**Letzter Zwangsarbeiterbesuch?**

Trotz einer peinlichen Panne – die neue Gedenktafel hing noch nicht – war die Feierstunde der Bezirksvertretung III zur Einweihung eben dieser Tafel bewegend (siehe auch letzte Ausgabe des „Stadttrotinfos“). Die von der Stadt Essen eingeladenen zwölf Teilnehmer/innen der dritten Delegation ehemaliger Zwangsarbeiter, machten deutlich, wie wichtig der Besuch für sie ist. Zwischen 1943 und 1945 nach Essen verschleppt, waren sie vor allem davon zutiefst bewegt, dass die Verbrechen des Nazi-Regimes überhaupt noch ein Thema sind.

Trotzdem sollen die erst vor drei Jahren auf Initiative der PDS gestarteten Besuchsdelegationen schon wieder beendet werden. Im städtischen Haushalt für nächstes Jahr sind keine Mittel dafür vorgesehen. Die Diskussion darum sollte noch einmal aufgenommen werden.

wof

---

**ZITAT DES MONATS**

---

„Das ist genau der falsche Ansatz ... Das Problem ist, dass niemand mehr für die positiven Seiten von Hartz kämpft! Das müssen wir ändern!“

Sozialdezernentin Gudrun Hock in der letzten Sitzung des Sozialausschusses.

---

**ORDNUNGSAUSSCHUSS**

---

**Ausweitung City-Markt abgelehnt**

Abgelehnt hat die CDU-Mehrheit im Ordnungsausschuss den Antrag der PDS, den Frischemarkt in der Innenstadt in den kommenden Weihnachtsmarkt zu integrieren und von dienstags und freitags auf die fünf Tage von Dienstag bis Samstag auszuweiten. Die Cdu behauptete, die meisten Händler hätten an einer Ausweitung des Marktes kein Interesse und eine Integration in den Weihnachtsmarkt sei in diesem Jahr aus vertraglichen Gründen ohnehin nicht mehr möglich.

Zu beiden Punkten hat die PDS andere Erkenntnisse, u.a. aus einer Umfrage unter Händlern. Auch die Bürgerschaft Essen-Stadtmitte tritt nach wie vor für beide Forderungen ein. Sie hat bereits mehrere hundert Unterschriften dafür gesammelt. Die Händlerschaft Essen-Mitte, die Agenda Arbeitsgruppe Stadtplanung, der FDP-Ortsverband Essen-Mitte und die PDS unterstützen sie bei einer Aktion am 17.10. dabei. wof

---

**TERMINE**

---

**Dienstag, 21. Oktober**

Pro Asyl/Flüchtlingsrat. 19.00 Uhr, Interkulturelles Zentrum, Maxstr. 11 Lenbachstr. 3

**Mittwoch, 22. Oktober**

„work hard – die young“. Jungle World diskutiert über die Zerschlagung des Sozialstaates. 20.00 Uhr, Zeche Carl, Wilh.-Nieswandt-Allee 100

**Samstag, 1. November**

Es reicht! Alle gemeinsam gegen Sozialkahltschlag! Bundesweite Demonstration in Berlin. 5.30 Uhr, Südseite Hauptbahnhof Abfahrt der von attac organisierten Busse aus Essen. Fahrkarten u.a. bei biopluspunkt Kopstadtplatz und Frohnhauser Markt oder im PDS-Büro.

**Montag, 3. November**

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

**Mittwoch, 12. November**

PDS-Mitgliederversammlung mit Vorstandsneuwahl. 19.00 Uhr, Haus Kalhoff, Lenbachstr. 3

## AUS DEM RAT

Vor der Ratssitzung am 24.9.2003 fuhr früh morgens eine Delegation von Ratsmitgliedern des Essener Stadtrates zu einer Protestveranstaltung des Deutschen Städtetages gegen die völlig ungenügende Ausgestaltung der **Gemeindefinanzreform** nach Berlin. Beide PDS-Ratsmitglieder nahmen die Strapazen auf sich und fuhren mit.

In der dieses Mal erst um 19 Uhr beginnenden Ratssitzung wurde dann einstimmig eine Resolution des Rates zur Gemeindefinanzreform angenommen. Wichtig ist, dass der Essener sich mit den Stimmen von CDU und FDP für die Beibehaltung und Ausweitung der Gewerbesteuer aussprach – ein deutlicher Gegensatz zu den Positionen der beiden Bundesparteien. Die PDS-Gruppe gab allerdings zu Protokoll, dass sie die darin angesprochene Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum gekürzten Arbeitslosengeld II nicht mittragen und für unsozial halten.

Zum von der PDS Ratsgruppe gestellten Antrag **Präventionsmaßnahmen gegen Korruption** schlug Gabriele Giesecke selbst eine Verweisung in den Ausschuss für allgemeine Verwaltung und Personal vor. Dem folgte der Rat.

Der Antrag **Umgestaltung des Parkplatzes Haus Scheppen** wurde auf Vorschlag der PDS-Gruppe als Antragstellerin in die Fachausschüsse und die zuständige Bezirksvertretung zur gründlichen Klärung der Sachlage überwiesen.

Am 27.11.2002 beschloss der Rat mit CDU/FDP-Mehrheit das Konzept zur Ausgestaltung des **Bibliothekennetzes der Stadt Essen**, das Teilschließungen von Bibliotheken und die Verlagerung von bezahlter Arbeit in ehrenamtliche Tätigkeiten vorsieht. Der Personalrat legte dagegen Widerspruch ein, die Einigungsstelle entschied jetzt jedoch zu Gunsten der Verwaltungsvorlage. Auch die jetzige neue Vorlage zur Bestätigung der Entscheidung von letztem Jahr wurde mit CDU/FDP-Mehrheit angenommen.

H.-J. Schwartz

## IMPRESSUM:

„Stadtrotinfo“, Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Essen  
An St. Marien 1, 45141 Essen. Tel. 0201-8602904, Fax 0201-8602906  
www.pds-essen-im-rat.de,  
e-mail buero@pds-essen-im-rat.de

**Miet-/Wohnprobleme? Wir helfen!**

**MIETERGEMEINSCHAFT ESSEN E.V.**

Mitglied im DMB

Rechtsberatung, Wohnungsübergabeprotokoll, mobiler  
Reparaturservice, Feuchtigkeitsmessung, Schlichten  
statt Richten, Wir stellen Ihnen Informationsmaterial Z.U. VERDEN FÜR MIETERRINGEN UND MIETER E.V.

**Steeler Pfad 19 • 45307 Essen**

Telefon: 0201-74 919 20      E-mailadresse: <MGEsseneV@aol.com>  
Telefax: 0201-61 579 25      in Internet : <gallery2100.com >

## Wieder einmal Mobilfunkantennen

### NRW ändert Bauordnung – Wertverlust bei Immobilien

Nicht nur dass der nordrhein-westfälische Landtag am 2.7.2003 eine Änderung der Landesbauordnung beschlossen hat, nach der die Errichtung von Mobilfunkanlagen in oder auf baulichen Anlagen von der Durchführung eines Baugenehmigungsverfahrens freigestellt werden kann. Nein, jetzt gibt es auch Probleme anderer Art. Als indirekte Folge der öffentlichen Diskussion über die potentiell schädlichen Folgen des Mobilfunks scheint sich inzwischen auch eine Wertminderung von Immobilien herauszustellen, die entweder selbst über eine Mobilfunkantenne verfügen oder sich in der Umgebung eines solchen permanent strahlenden Sendemastes befinden.

Befragungen unter Immobilienmaklern haben bei Gebäuden in unmittelbarer Nachbarschaft zu Mobilfunkanlagen eine Wertminderung von in der Spitze bis zu 50 % ergeben. Auch die Stadt München bestätigt, dass im Umfeld einer Immobilie gelegene Mobilfunkantennen den Wert eines Objektes negativ beeinflussen.

#### Das Münchener Kommunalreferat stellte bereits Ende letzten Jahres fest:

„Je nach Entfernung, Größe der Anlage und dem damit zusammenhängenden Erscheinungsbild haben die Anlagen zumindest für einen Teil von Kaufinteressenten oder Mietern eine abschreckende Wirkung. Somit ist von einem eingeschränkten Interessentenkreis gegenüber nicht antennenbelasteten Wohnanlagen auszugehen, was die Vermarktungsdauer eher verlängern und damit mit zu einer Wertminderung führen kann ...“

*In Einzelfällen wurden Wertminderungen von Sachverständigen – je nach konkreter Sachlage – zwischen 3 % und 10 % des (unbelasteten) Verkehrswertes gesehen. Allerdings gilt diese Annahme nicht für extreme Situationen, z.B. bei einer Mobilfunksendeantenne in nur wenigen Metern Entfernung vom Objekt, was zu erheblichen Wertminderungen führen kann. Hier muss in jedem Einzelfall die besondere Sachlage gewürdigt werden ... Aus dem beobachteten Marktverhalten wird unterstellt, dass eine für die möglichen ... Gefahrenquellen sensibilisierte Käuferschicht ein Objekt im Falle nahegelegener Antennenanlagen auch nicht bei deutlichen Preisnachlässen zu kaufen bereit ist.“*

Die PDS-Ratsgruppe Essen wird die zuständigen Fachausschüsse des Rates, den Umwelt- und Gesundheitsausschuss und den Planungsausschuss, einen Antrag stellen, der diese Probleme aufgreift. Darin wird nach den Auswirkungen der Änderung des Bauplanungsrechts ausgerechnet auf Antrag einer rot-grünen Landesregierung und nach hier bekannten Erkenntnissen zur Auswirkung von Mobilfunkantennen auf die Immobilienpreisentwicklung gefragt.

Es geht uns nicht um Panikmache, es geht um Aufklärung von Problemen. Die Klärung dieser Probleme wäre ein weiterer Schritt bei den guten Ansätzen der Verwaltung bei der Information der Einwohnerinnen und Einwohner Essens zum Thema Mobilfunk.

Hans-Jürgen Schwartz

**Bestellschein:** Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen erhalten. Bitte schicken Sie das „Stadtrotinfo“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße

.....  
Postleitzahl, Ort

.....  
Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0201-8602904.